

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/29

Bonn, den 10. Februar 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Hier irrt Kossygin	40

Furcht vor deutschem Atomwaffenbesitz unbegründet

2 - 3	<u>Die Legende von den hohen Sozialrenten</u>	81
-------	---	----

Von Karl Weishäupl,
Vorsitzender des Sozialpolitischen Landtagsausschusses in Bayern

4	<u>Gestaffelte Ferien in Europa?</u>	53
---	--------------------------------------	----

Ein bemerkenswerter Vorschlag im Europarat

Von Egon C. Heinrich

5 - 6	<u>Rebellion an Spaniens Universitäten</u>	74
-------	--	----

Ursachen und Ziele der Studentendemonstrationen

Von Rolf Reventlow

+ + -

Hier irrt Kossygin

Furcht vor deutschem Atomwaffenbesitz unbegründet

ler - Ein Gespenst geht um in der Welt, das Gespenst der Weiterverbreitung (Nonproliferation) von Atomwaffen. Die Furcht, die Welt werde einem Chaos ausgeliefert werden, würden zu den bestehenden Atomwaffenstaaten noch einige dutzend Staaten hinzukommen, war und ist das mächtige Antriebsmotiv für die Bestrebungen der USA, der Sowjetunion und Englands, durch einen Vertrag andere Staaten zu hindern, den Status einer Atomwaffenmacht zu erlangen.

Für die Sowjetunion kommt es in erster Linie auf die Unterschrift der Bundesregierung an. Man kann dies vor dem Hintergrund der Geschichte des Zweiten Weltkrieges verstehen. Aber die Vergangenheit kann auch den Blick für die Zukunft trüben und zur Fessel werden. In Moskau und anderen Hauptstädten der Ostblockstaaten hat sich der Gedanke zu einer fixen Vorstellung entwickelt, die Bundesrepublik habe einen atomaren Ehrgeiz und wolle gewissermaßen durch die Hintertür des Besitzes von Atomwaffen teilhaftig werden. Nie und nimmer werde dies die Sowjetunion zulassen, ließ sich der sowjetische Ministerpräsident bei seinem England-Besuch vernehmen. Der Ernst dieser Erklärung eines der mächtigsten Männer der Welt läßt sich nicht verleugnen. Hier rennt Kossygin jedoch offene Türen ein. Ist ihm der deutsche Standpunkt in dieser die Welt bewegenden Frage nicht bekannt oder will er ihn bewußt nicht zur Kenntnis nehmen?

Offensichtlich glaubt der sowjetrussische Ministerpräsident, durch das Heraufbeschwören einer deutschen Atomwaffenmacht alte Gefühle der Furcht und der Abneigung gegenüber dem deutschen Volk erwecken zu können, auch und gerade in den westlichen Ländern. Aber hier bewegt er sich im luftleeren Raum. Seine Warnungen sind nicht die geringsten Anhaltspunkte in der deutschen Wirklichkeit, die gekennzeichnet ist durch den Willen der gegenwärtigen Bundesregierung und der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes, die Entspannung durch eine beharrliche Politik der Friedenssicherung zu fördern. Das schließt ein deutsches Streben nach Atomwaffen aus.

Dieser Haltung widersprechen jedoch nicht die Bedenken gegen einen Vertrag, der den bestehenden Atomwaffenstaaten im Laufe der Zeit ein technologisches Übergewicht im Vergleich zu den nichtnuklearen Industrienationen geben würde, Bedenken, für die der deutsche Außenminister Willy Brandt bei seinen amerikanischen Gesprächspartnern Verständnis fand. Die Klärung dieser Frage wird die deutsche Unterschrift unter ein Abkommen über Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen sichern. Kossygin gibt sich in dieser Hinsicht unbegründeten Sorgen hin; er unterliegt einem Irrtum.

+ + +

Die Legende von den hohen Sozialrenten

Von Karl Weishäupl,

Vorsitzender des Sozialpolitischen Landtagsausschusses in Bayern

In der breiten Öffentlichkeit stößt man immer wieder auf die Auffassung, daß es in unserem Staate - von typisch Asozialen abgesehen - im Grunde keine Armen mehr geben würde. Bis vor nicht allzu langer Zeit wurden solche irrige Vorstellungen auch von Sprechern der inzwischen aus der Bundesregierung ausgeschiedenen FDP, aber auch aus dem Lager der Unions-Parteien dadurch genährt, daß immer wieder Töne laut wurden, wonach die Grenzen des Sozialstaates bereits erreicht seien.

Wegen des lange verschleierte Loches im Staatssäckel und der unbedingten Notwendigkeit, den Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen, wollen auch die Stimmen nicht verstummen, die da glauben, man könne u.a. die Zuschüsse des Bundes zur gesetzlichen Sozialversicherung ruhig beschneiden.

Man tut gut daran, sich unbeschadet aller grundsätzlichen, rechtsstaatlichen Erwägungen, einmal vor Augen zu führen, wie die Lebenssicherung durch die gesetzliche Sozialversicherung in der Praxis aussieht.

Aus dem Sozialbereich der Bundesregierung 1966 ist zu ersehen, welche "Höhe" die Durchschnittsrenten - Stand Januar 1966 - erreicht haben:

	<u>Arbeiter:</u>	<u>Angestellte:</u>	<u>Handwerker:</u>
Berufsunfähigkeitsrente	128,40	163,80	147,60
Erwerbsunfähigkeitsrente	183,90	263,60	210,70
Altersruhegeld (65 Jahre)	242,80	408,90	261,80
Altersruhegeld (60 Jahre und ein Jahr Arbeitslosigkeit)	311,70	455,90	306,10
Altersruhegeld für Frauen (60 Jahre)	173,70	350,30	165,30
Gesamtdurchschnitt der Versichertenrenten	215,90	365,20	244,70
Gesamtdurchschnitt der Witwenrenten	167,50	241,90	161,20
Gesamtdurchschnitt der Waisenrenten	79,40	87,90	80,30

Große Versicherungsgesellschaften veröffentlichen in ihren Monatsblättern gerne diese amtlichen Zahlen mit dem Hinweis darauf, daß der Einzelne sein Vorsorgeprogramm noch ausbauen müsse und emp-

fehlen zur Ergänzung der Sozialrenten die Lebensversicherung. Diese Empfehlung ist sicherlich richtig, kann aber zumindest bei den älteren Angestellten und Arbeitern nicht wahrgenommen werden, weil die Prämien einfach zu hoch sind.

Anlässlich der Vertreterversammlung der Landesversicherungsanstalt Oberbayern vom 15. 12. 1966 wurde bekannt, welche Durchschnittsrenten allein in diesem Bereich am Stichtag 30. 11. 1966 zu verzeichnen waren:

Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten	DM	151,80
Altersruhegeld	DM	230,40
Witwenrenten	DM	167,80
Waisenrenten	DM	83,20

Daraus ergibt sich, daß die Durchschnittswerte für Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente im Bereich der Landesversicherungsanstalt Oberbayern unter dem Bundesdurchschnitt liegen, auch die Altersruhegelder liegen unter dem Bundesdurchschnitt.

Im Dezember 1966 stellt die Landesversicherungsanstalt Oberbayern folgende Höchst- und Niedrigstrenten fest:

Höchstrenten bei Versicherten ohne Kinderzuschuß:

Versichertenrenten männlich	DM	743,60
Versichertenrenten weiblich	DM	458,30
Witwen- und Witwerrenten	DM	573,60
Waisenrenten	DM	142,70

Niedrigstrenten (ohne Vertrags- und Sonderrenten):

Versichertenrenten männlich	DM	31,40
Versichertenrenten weiblich	DM	4,80
Witwen- und Witwerrenten	DM	12,20

Wenn man sich die Höhe der Durchschnittsrenten und insbesondere der Niedrigstrenten vergegenwärtigt, wird niemand im Ernst behaupten wollen, daß eine ausreichende Sicherung bei Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit und für den Lebensabend gewährleistet ist.

Bei dieser Sachlage nimmt es nicht weiter Wunder, daß z.B. im Jahre 1965 in Bayern 183 500 Personen von überörtlichen Trägern laufend Hilfe in besonderen Lebenslagen nach dem Bundessozialhilfegesetz erhalten mußten. Von den 55 600 Ein- und Mehrpersonenhaushalten, die außerhalb von Anstalten laufend Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, waren 21 700 (39 Prozent) ohne anrechenbares Einkommen, während rund 60 Prozent der Sozialhilfeempfänger Renten der Sozialversicherung bezogen; die unter den Regelsätzen der Sozialhilfe lagen.

Gestaffelte Ferien in Europa

Von Egon C. Heinrich

In den Sommermonaten sind auf den europäischen Straßen und Eisenbahnen rund 25 Millionen Menschen unterwegs. Diese Menschen suchen Urlaubsorte auf, um sich mehrere Wochen lang von ihrer Arbeit zu erholen. Die ungeheure Verdichtung des Verkehrs während neun Sommerwochen hat sehr unliebsame Nebenwirkungen, die sowohl wirtschaftlicher als auch medizinischer Art sind.

Durch die Überfüllung der Straßen nehmen die Unfälle sprunghaft zu, mit all den wirtschaftlichen Schäden und der seelischen Belastung. Die Urlaubsorte und die dort zur Verfügung stehenden Hotels und Fremdenverkehrseinrichtungen sind überfüllt, das Personal ist kaum in der Lage, den Arbeitsanfall zu bewältigen und die Preise ziehen in dieser Zeit sprunghaft an.

Die Rückkehr in die Heimat auf verstopften und überfüllten Straßen stellt den Erholungseffekt in Frage, und anstatt ausgeruht und erholt, kommen die Menschen nervös und angespannt in ihren Heimatorten an.

Viele dieser Urlauber würden es vorziehen, in ruhigeren Zeiten die Reise in die Urlaubsorte anzutreten, aber sie sind durch die Ferientermine der Schulen an eine bestimmte Zeit gebunden. Der österreichische Abgeordnete des Ferienlandes Kärnten hat nun beim Europarat in Straßburg den Vorschlag gemacht, ein rotlierendes System zu schaffen, nach dem die Schulferien schon Anfang Juni beginnen sich bis Ende September in allen 18 Ländern des Europarates staffeln. Ob diese Staffelung innerhalb der einzelnen Länder, also z.B. zwischen Nord- und Südfrankreich, Nord- oder Süddeutschland erfolgt oder ob die Staffelung die einzelnen europäischen Ländern betrifft, wäre noch zu diskutieren. Das Wesen dieses Systems wäre es, daß jede Landschaft in einer Reihe von aufeinanderfolgenden Jahren die ganze Breite des Ferienzeitraumes durchmachen würde. Konkret würde das bedeuten, daß z.B. in der Stadt Hamburg die Ferien einmal

- * vom 1. Juni bis zum 30. Juli, im folgenden Jahr
- * vom 15. Juni bis zum 15. August, im nächsten Jahr
- * vom 1. Juli bis zum 31. August, im übernächsten Jahr
- * vom 1. August bis zum 30. September dauern würden.

Auf diese Art und Weise könnte es nach Ansicht des Initiators gelingen:

- * 1. Die große Belastung, die der Verkehr auf überfüllten oder verstopften Straßen und in überfüllten Verkehrsmitteln mit sich bringt, zu vermindern, die Zahl der Verkehrsunfälle zu verringern und damit Schäden an Menschen und Material abzuwenden.
- * 2. Den medizinischen Erholungseffekt für die Urlauber wesentlich zu erhöhen, weil ihnen ein Großteil der schädlichen Auswirkungen von Trubel, Hetzjagd und Hast genommen wäre.
- * 3. Die Wirtschaftlichkeit der Investitionen im Fremdenverkehrsgewerbe durch den höheren Nutzungsgrad zu verbessern und damit unter Umständen auch günstigere Preise für die Erholungssuchenden zu erzielen.

Zur Beratung des Planes sollen Stellungnahmen und Gutachten von Ärzten, Arbeitnehmerorganisationen, Handelskammern und Schulbehörden eingeholt werden. Da die Mehrheit der in den Sommermonaten durch Europa Reisenden wohl Deutsche sind, dürfte der Vorschlag für Bund und Länder nicht ohne Interesse sein. Zwar gibt es unter den einzelnen Bundesländern bereits unterschiedliche Schulferientermine, aber eine Lösung auf europäischer Ebene brächte sicher noch größere Vorteile.

Rebellion an Spaniens Universitäten

Ursachen und Ziele der Studentendemonstrationen

Von Rolf Reventlow

Die Studentendemonstrationen in Madrid, bei denen es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei kam und der, ebenfalls durch die Polizei verhinderte, allgemeine Studentenkongreß in Valencia, lenken wieder einmal die Aufmerksamkeit auf das seit fast einem Jahrzehnt in zunehmendem Maße sichtbar werdende Unbehagen im akademischen Leben Spaniens. Offiziell ist man mit einer Erklärung naturgemäß schnell bei der Hand: "Kommunisten sind schuld." Seit dem Ende des Bürgerkrieges vor 28 Jahren hat man die gleiche Erklärung, wenn sich Opposition gegen das Regime rührt, das zwar in seiner Gesetzgebung in den letzten Jahren manches änderte, aber demokratischer Selbstbestimmung und Organisationsfreiheit keinen Raum geben will. Wenn die Arbeiter eigene Gewerkschaften gründen, wenn die Studenten sich in frei bestimmten Verbänden zusammenschließen würden, dann wäre der nächste Schritt jener Pluralismus politischer Parteien, der letztendlich in den neuen Verfassungsgesetzen vom Dezember 1966 eindeutig als verdamnwürdig bezeichnet wurde.

* * *

Die Studentenbewegung gegen staatliche Bevormundung, aber auch gegen den unzureichenden Lehrbetrieb an den Universitäten begann zum ersten Mal im Jahre 1956 bemerkbar zu werden, als man an der Universität Barcelona eine offizielle Demonstration für die Freiheit... in Ungarn ansetzte. Prompt erschienen Schriftbänder mit dem Text: "Freiheit für Ungarn, aber auch Freiheit für Spanien." Die damaligen unvorhergesehenen Demonstrationen wurden unterdrückt, nicht nur auf der Straße, sondern auch vor den Sondergerichten und durch empfindliche Geldstrafen. Nach einigen Jahren Kirchhofruhe kamen die Studenten wieder in Bewegung. Nunmehr wandte man sich offen gegen die Verpflichtung, dem vom Unterrichtsministerium und dem Minister-Sekretär der Nationalen Bewegung gelenkten und kontrollierten SEU anzugehören. Als die Unruhe zu stark wurde, gab es eine Änderung der Statuten, die es den Studenten ermöglichte, örtliche Vertrauensleute frei zu wählen. Aber der Leiter dieses Zwangsverbandes wurde nach wie vor vom Ministerium ernannt. Schließlich, als klar wurde, daß auch so keine Ruhe eintrat, wechselte man sogar den Namen. Anstelle der SEU trat die APE, mit wiederum veränderten Satzungen, aber selbstverständlich von oben kontrolliert und gelenkt. Tatsächlich besitzen die Studenten der meisten Universitäten schon ihre eigenen Verbände, die sozialistisch orientierte FUDE, die an eine Tradition aus der Zeit des Diktators Primo de Rivera in den zwanziger Jahren anknüpft, die christlich-demokratisch orientierte UED, die der Katholischen Aktion nahestehende JED und andere regionale oder örtliche Zusammenschlüsse. Sie alle aber sind illegal, verboten. "Oben", im Ministerium, will oder darf man nicht darauf eingehen. Auch nach den neuen Verfassungsgesetzen hat der Staatschef in allen Fragen das letzte Wort.

* * *

Großes Aufsehen erregte es im Vorjahr, als sich die Studenten von Barcelona in ein Kapuzinerkloster zurückzogen, um ihre Forderungen zu beraten und die Polizei nach mehrtägiger Belagerung - ohne Einwilligung des Bischofs - in das Kloster eindrang. Daraufhin traten an die hundert junge Priester zu einem Demonstrationszug an, ein einmaliges Ereignis in Spanien. Natürlich gibt es auch rechtsextremistische Kreise an den Universitäten, die damals prompt von einer Art "Verschwörung von Moskau und dem Vatikan" sprachen...

* * *

In erster Linie geht es also um Organisationsfreiheit. Dennoch ist sie nicht der einzige Grund der andauernden Studentenbewegung, die bekanntlich bereits die Unterstützung von Universitätsprofessoren fand. Nicht weniger als vier Ordinarien der Universität Madrid und einer aus Salamanca wurden daraufhin auf Lebenszeit ihres Lehrstuhls beraubt. Aber auch die Hochschullehrer sind nicht mehr bereit, alles hinzunehmen. Im Juni 1966 wurde eine Denkschrift von 28 Professoren der Universität Madrid bekannt, in der sehr eingehend der unzureichende Lehrbetrieb und die, mangels Mittelbereitstellung und Initiative, nicht minder unzureichende Forschung heftig kritisiert wurden. Die Professoren sahen sich zu dieser öffentlichen Kritik veranlaßt, weil ihre Petitionen an das Ministerium unbeantwortet blieben und eine allgemeine Versammlung des Lehrkörpers, trotz Antrag, nicht zustandekam. Man kritisierte den Mangel an Laboratorien, die unzureichenden Bibliotheken, das Fehlen von Assistenten der überlasteten Ordinarien, aber auch die unrationelle Art des Lehrbetriebs und schließlich das Berufungswesen. Politische Diskrimination und hohe Geldstrafen als akademische Sanktionen dienten der Entwicklung des geistigen Lebens der Universität nicht, zumal die studentische Jugend im ideologischen Pluralismus die Erfüllung dieses geistigen Lebens sehe. Die Denkschrift mündete in der Forderung nach Wiedereinsetzung der suspendierten Kollegen, einer Rechtsoränung, die der Universität den Frieden sichere und sich nicht in Strafandrohungen erschöpfe. Interessant ist dabei, daß diese Dozenten auch das Fehlen der Söhne von Arbeitern an der Universität beanstandete. Sie stellten Vergleiche mit Großbritannien und Frankreich an, obwohl die aufsässigen Studenten nicht selten - Rebellion ist das Vorrecht der Jugend - aus Kreisen begüterter Eltern stammen.

* * *

Mit der bequemen Ausrede, "kommunistische Agitatoren" hätten nunmehr wieder die Studenten auf die Straße gebracht, wird das Regime die Unruhe an den spanischen Universitäten von Sevilla bis Santiago de Compostela, von Salamanca bis Barcelona oder auch von Valencia bis Pamplona nicht beseitigen. Diese Unruhe hat seit Jahr und Tag alle erfaßt, die Studenten und die Professoren, denn das junge Spanien strebt mächtiger denn je zuvor danach, den Anschluß an Fortschritt und geistige Freiheit zu finden.

+ + +